

4. Die Kirche und der Kommunismus.

Stadtpfarrer Eckert kommt zur KPD.

Herausgegeben von der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, Bezirk Baden-Pfalz

Mannheim 1931

(Auflage 100.000)

Ein Schritt von großer Bedeutung

In einer vom Einheitskomitee sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter Mannheims einberufenen Riesenkundgebung erklärte unter dem tosenden Beifall aller 7000 Anwesenden der Mannheimer Stadtpfarrer Erwin *Eckert* seinen Übertritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands.

20 Jahre lang war Eckert Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Führer des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands.

Dieser Schritt des Pfarrers *Eckert*, der nach langen, schweren inneren Kämpfen erfolgte, hat nicht nur in Mannheim und Baden, sondern darüber hinaus in ganz Deutschland größtes Aufsehen erregt. Die gesamte bürgerliche Presse, allen voran die Presse der Sozialdemokratie, erhebt ein wütendes Geheul und bezichtigt Eckert des Verrats und der Unaufrichtigkeit.

In einer groß angelegten Rede hat Pfarrer Eckert ausführlich in einer Mannheimer und Stuttgarter Riesenkundgebung seine Gründe dargelegt, die ihn bewogen haben, mit der Sozialdemokratischen Partei zu brechen und seinen Übertritt zur Kommunistischen Partei zu vollziehen.

In seiner Rede sprach der ehemalige sozialdemokratische Pfarrer das aus, was heute Zehntausende, ja Hunderttausende sozialdemokratischer Arbeiter noch unklar empfinden. Sie sind zwar noch Mitglieder der SPD, aber der volksfeindlichen Tolerierungspolitik der Sozialdemokratischen Partei stehen sie ablehnend gegenüber.

„Es fällt mir schwer, mich von den sozialdemokratischen Massen zu trennen. Aber die Sozialdemokratie hat keinen Funken revolutionärer Ideen mehr in sich. Die kämpferische Idee ist allein bei der KPD lebendig. Hätte ich anders gehandelt, hätte ich das Proletariat im Stich gelassen.“

„Wen ich in dieser Stunde mitten hineinschreite in die Reihen der KPD, so weiß ich, daß dieser Weg furchtbar schwer sein wird, daß viel Mißtrauen und Widerwärtiges mir begegnen werden. Aber das schadet nichts. Einer muß beginnen. Christentum und Kapitalismus müssen auseinander.“

„Solange das Proletariat in sich zerrissen und gespalten ist, hat es nicht die Kraft, den Kapitalismus zu stürzen. Es gibt nur einen Weg, den bewußten revolutionärem Klassenkampf unter der Führung der KPD.“

Bei diesen Worten durchbrauste tosender Beifall aller Anwesenden den Saal. Ob sozialdemokratische oder christliche Arbeiter, kommunistische oder parteilose Arbeiter, ob Angestellter oder kleiner Beamter, niemand im Saal konnte sich dem Eindruck solcher Worte, entziehen. Jeder empfand: Hier spricht ein Mann, durchdrungen von dem glühenden Gedanken, die Einheitsfront aller Werktätigen unter revolutionärer Führung herzustellen im Kampfe gegen Not und Reaktion, für Arbeit, Brot und Freiheit.

Als dann der Redner seinen Eintritt in die Kommunistische Partei erklärte, brauste spontan die „Internationale“, das Kampf- und Trutzlied aller klassenbewußten Arbeiter, durch den Saal.

Eine große Anzahl ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre und Arbeiter erklärten schon an diesem Abend ihren Übertritt zur Kommunistischen Partei. Unter den Übergetretenen befanden sich solche, die bis zu 35 Jahren Mitglied der SPD waren und die jetzt den Trennungsstrich zogen.

Stürmisch begrüßen die notleidenden werktätigen Massen die Tatsache, daß sich in Deutschland in immer schnellerem Tempo die rote Einheitsfront bildet. Der Schritt des ehemaligen Stadtpfarrers Eckert hat bei der klassenbewußten Arbeiterschaft freudigen Widerhall gefunden. Aus allen Teilen des Reiches kommen Zustimmungserklärungen.

Im Lager der Gegner der Arbeiterklasse hat der Übertritt Eckerts Angst, Verwirrung und Entsetzen hervorgerufen. Die Feinde der Werktätigen spüren nur zu deutlich, daß durch die im Entstehen begriffene rote Einheit ihr System, das System der brutalsten Ausbeutung und Niederknüppelung des werktätigen Volkes, in dem Moment aufgehört hat zu existieren, wo sich das Proletariat, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten unter der Führung der Kommunistischen Partei zu einem einheitlichen und geschlossenen Block zusammenfinden. *Rote Einheit ist der Tod des Kapitalismus.*

Das war das Leitmotiv, das viele sozialdemokratische Funktionäre bewogen hat, ihren Eintritt in die Reihen der Kommunistischen Partei zu vollziehen, wenn sie nicht zu bewußten Verrätern an ihrer Klasse werden wollten.

Unter dieser Parole entsteht, bildet und formiert sich jene rote Einheit, die durch den Sturz des Kapitalismus, den Aufbau des Sozialismus für alle Werktätigen Arbeit, Lohn und Brot schaffen wird.

Eckerts Bekenntnis für den Kommunismus.

Bei seinem Übertritt von der SPD zur KPD übergab Eckert nachfolgende Erklärung der Bezirksleitung der KPD Bezirk Baden-Pfalz:

In seiner Sitzung vom 2. Oktober hat mich der Vorstand des badischen Unterbezirks der SPD nach beinahe 20jähriger Mitgliedschaft und Mitarbeit aus der Partei ausgeschlossen wegen „Zellenbildung“ und „groben Vertrauensbruchs“.

Die „Zellenbildung“ bestand darin, daß ich mit anderen Genossen zusammen das Publikationsorgan der SPD-Opposition, die „Fackel“, systematisch verbreitete, die „Freie Verlagsgesellschaft“ unterstützte und zu der von Sydewitz nach Berlin einberufenen Reichskonferenz zu fahren beabsichtigte.

„Vertrauensbruch“ gegen den Vorstand der SPD war es, daß ich an einer Zusammenkunft oppositioneller Genossen in Heidelberg teilnahm und in Mannheim nach einer vom SPD-Apparat gesprengten Mitgliederversammlung, die in ihrer *Mehrheit* auf meiner Seite stand, mit den zu einer neuen Partei drängenden Genossen in einem öffentlichen Lokal verhandelte. Die angegebenen formalen Gründe sind *natürlich nicht ausschlaggebend* gewesen bei dem Vorgehen gegen mich, sie sollen nur die eigentlichen Ursachen meines Ausschlusses verdecken.

Der allgemeine Hinauswurf der oppositionellen Wortführer aus der SPD sollte die Partei verhandlungs-, koalitions- oder doch wenigstens weiterhin tolerierungsfähig machen für die Regierung Brüning.

Am Tag nach dem Ausschluß von Seydewitz und Rosenfeld waren die Führer der SPD bei Brüning, um mit ihm über den Preis zu verhandeln, für den die SPD gewillt sei, auch weiterhin die Sanierung des kapitalistischen Systems auf Kosten der werktätigen Massen zu dulden und dadurch erst zu ermöglichen.

Man schloß die Genossen, die seit einem Jahrzehnt die verkehrte Taktik der SPD bekämpfen, die endlich Schluß mit der Tolerierungspolitik verlangten, aus.

Man wollte die unbequemen Mahner los werden. Man fürchtete ihre Meinung, ihren Ruf zur revolutionären Entschiedenheit.

Darum unterband man systematisch die Meinungsfreiheit in der Partei. Der Vorstand der SPD, der „Retter der Demokratie“, übte mit den Mitteln einer unaufrichtigen und verdeckten *sekretariats- und presseregie* eine *rücksichtslose Diktatur* zur Unterdrückung jeder wirkungsvollen Opposition in der Partei aus.

In den 5 Jahren, in denen ich im hiesigen Parteiverein mitarbeite, habe ich beispielsweise so wenig wie ein anderer oppositioneller Genosse weder in einer allgemeinen Mitgliederversammlung, noch in einer Zahlstelle, die politisch

taktische Meinung der Opposition grundsätzlich in einem Referat vertreten können!

Die SPD ist keine revolutionäre Partei mehr, sie ist zu einem Stillhaltekonsortium, zu einem Beruhigungsapparat der Arbeiterschaft in der Periode der nationalkapitalistischen Reorganisationsversuche, zur festesten Stütze der Regierung Brüning geworden. Sie ist eine Partei zur Vertretung kleinbürgerlicher Interessen. Sie hat darum unter der Leitung eines verbeamteten Funktionärkörpers jede innere Kraft, jede große Sicht auf die kommende Entscheidung verloren.

Die Politik der SPD führt zur Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Die SPD trägt die Verantwortung dafür, wenn jetzt nach dem offensichtlichen Zusammenbruch ihrer Koalitions- und Tolerierungspolitik die nationalfaschistische Front die Arbeiterschaft in der brutalsten Form zu unterdrücken versucht wird, um über die Krise des Kapitalismus hinwegzukommen. Einer starken geschlossenen, in der Opposition stehenden Arbeiterschaft gegenüber hätten die Kapitalisten es nicht gewagt, dem Proletariat die Lasten der Brüning'schen Notverordnungen aufzuerlegen.

Der Kampf der SPD gegen den Faschismus endet mit einem politischen Fiasko.

Die große Parole: „Wo bleibt der zweite Mann?“ ist ein Eingeständnis der inneren ideologischen Schwächen der SPD, die krampfhaft eine aufgeplusterte Organisation erreichen möchte.

Die maßlosen, oft direkt lügenerischen Verdächtigungen des tapferen und erfolgreichen sozialistischen Aufbaues in Sowjetrußland durch die SPD waren für mich immer ein Zeichen dafür, daß die SPD ihre frühere Werbekraft verloren hat.

Die SPD ist schuld an der Spaltung der Arbeiterklasse, weil sie durch ihre politisch taktische Haltung die revolutionär-sozialistische Tradition der früheren Sozialdemokratie aufgegeben und in der revisionistischen Taktik des „kleineren Übels“ versandete.

Seit Jahren versuchten meine Freunde und ich, die SPD von unten her auf den alten Weg der Vorbereitung und Bereitschaft zur proletarischen Revolution zu dringen, suchten wir die Wände des Mißtrauens und der Gehässigkeit zwischen SPD und KPD niederzulegen. Ich glaubte an die SPD und an den guten Willen ihrer Führung, durch entschlossene sozialistische Klassenpolitik die Massen aus dem Elend und der Not der kapitalistischen Gegenwart herauszuführen. Schon frühere Unterredungen mit führenden Genossen, so vor allem auch mit *Sollmann*, hatten meine Hoffnungen sehr heruntergeschraubt. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Abwürgung auch nur des Versuchs, die SPD wieder aus einer dauernd feilschenden zu einer kämpfenden

Partei zu machen und der Ausschluß der parlamentarischen Führer der Opposition hat mich endgültig von der Illusion befreit, die SPD könne noch einmal die Führung des Proletariats in seinem Kampf um die Freiheit aufnehmen.

Was sollte ich nach meinem Ausschluß tun und mit mir die vielen Genossen und Genossinnen der Opposition?

Seydewitz und Rosenfeld wollten eine neue Partei gründen, die „Sozialistische Arbeiter-Partei“. Für diese Neugründung setzte auch ich mich ein, weil es mir das Beste schien, die in der SPD heimatlos Gewordenen in einer Partei zusammenzufassen, die zwischen SPD und KPD die Einigung des Proletariats vorbereiten und erreichen könnte.

Ruhige Überlegung vor der endgültigen Entscheidung über die objektiven Folgen dieser auch von mir gewünschten und begrüßten Neugründung der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ zwang mich aber dazu, die Gefahren dieses Weges und seine sichere Erfolglosigkeit zu erkennen.

Man kann keine grundsätzliche ideologische Abgrenzung zwischen SPD und KPD zugleich finden, eine neue marxistisch-evolutionäre-revolutionäre Parteitheorie. Man kann nicht mit einer ganzen Anzahl halbresignierter Splittergruppen aus den vergangenen Organisationskämpfen, aus Friedensgesellschaft, KPO, Rote Kämpfergruppe, USP, Opposition und aus frisch gewonnenen Neusozialisten eine zielbewußte proletarische Kampfpartei ins Leben rufen.

Man kann in der heutigen Situation nicht mit einigen Jahren Zeit zur Konsolidierung einer neuen Partei rechnen, die man vielleicht schon in diesem Winter braucht.

Man kann nicht 2. und 3. Internationale zugleich sein. Man kann sich nicht von der KPD scharf abgrenzen und die proletarische Einheitsfront proklamieren.

Aus diesen sachlichen Gründen habe ich mich von Seydewitz getrennt, was mir menschlich sehr schwer gefallen ist.

Für einen politisch tätigen Menschen aber, der den Sturz des kapitalistischen Systems will, weil die Massennot, die Ungerechtigkeit und Gemeinheit der „bestehenden Ordnung“ ihn dazu zwingen, kann es nur einen Weg geben, den Weg des verantwortlich geführten revolutionären Klassenkampfes.

Darum habe ich meinen Eintritt in die KPD erklärt.

Jawohl, auch ich habe die KPD bekämpft. Ich habe noch vor kurzem gemeint, es sei mir unmöglich, in der KPD mitzumachen, wegen ihrer „Gewerkschaftspolitik“, wegen ihrer „Abhängigkeit von Moskau“, wegen ihrer „weltanschaulichen Unduldsamkeit“, wegen ihrer „militaristischen Parolen“ und ihrer „Putschtaktik“.

Was ist von diesen Einwänden geblieben, nachdem ich den entscheidenden ganzen Schritt grundsätzlich tun mußte. Von diesem Augenblick an sind diese taktischen Einwände für mich gegenstandslos geworden.

Die KPD ist mehr als jede andere Partei zu einer rücksichtslosen Selbstkritik bereit. Ich habe erkannt, daß auch bei mir die Hetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse Voreingenommenheit und Mißtrauen gesät hatte.

Die Gewerkschaftstaktik der KPD kann nicht verglichen werden mit der Taktik der Freien Gewerkschaftsbürokratie, die im Begriff steht, die Gewerkschaften durch die „Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern“ zu staatlich sanktionierten Syndikaten des Faschismus nach dem Beispiel Italiens zu machen.

Ich kann hier nicht auf alle Einwände der Gegner der KPD eingehen.

Nur eines noch: *Ich bin der KPD nicht als Pfarrer, sondern als revolutionärer Marxist beigetreten, um in ihr für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen.*

Andererseits wurde mein Eintritt in die KPD nicht davon abhängig gemacht, daß ich meine Weltanschauung und mein Pfarramt aufgeben mußte. Die KPD wird genau so wenig den christlichen Arbeitern um ihrer Weltanschauung wegen den Eintritt in die Partei versperren, wenn sie ehrlich gewillt sind, in den Reihen der KPD mitzukämpfen. Mich wird mit den Freidenkern trotz der Verschiedenheit unserer weltanschaulichen Einstellung der entschiedene Kampf zum Sturz der kapitalistischen Welt vereinigen.

In und durch diesen Kampf werden auch die Formen der heutigen offen oder versteckt bürgerlich-faschistischen Kirchen zerbrechen, um so den lebendigen Kräften brüderlicher Gemeinschaft Platz zu machen, aus der neue höhere Formen des menschlichen Lebens und Bewußtseins herauswachsen werden.

Ich habe manche meiner Freunde in der SPD enttäuschen müssen, weil ich die Neugründung der Partei Seydewitz und Rosenfeld nicht mitmachen konnte; es wäre für mich der bequemere Weg, an der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ mitverantwortlich und mitführend zu werden. Ein Wortführer der proletarischen Bewegung hat aber nicht danach zu fragen, was im Augenblick leichter ist, sondern danach, was aus der Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Lebens heraus durchgeführt werden muß.

Ich halte die neue Parteigründung für einen verhängnisvollen Fehler. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die politischen Geschehnisse der kommenden Tage und Wochen eine Masse von neuen Mitgliedern aus der SPD in die KPD bringen werden.

Ich bin überzeugt, daß in kurzer Zeit alle revolutionär denkenden Sozialisten in der KPD sein werden.

Nur unter Ihrer Führung ist es möglich, das Proletariat zum Siege über den Kapitalismus zu führen.

Die ungeheuerliche Hetze vor allem der SPD, der ich seit 20 Jahren mit aller Kraft gedient habe, kann mich nicht irremachen auf meinem Weg. Die schmutzigen Verdächtigungen und der geifernde Haß, den man meinen Freunden und mir zum Abschied nachwirft, treffen uns nicht. Solche Handlungen kennzeichnen nur die Gesinnungslosigkeit und Engstirnigkeit der SPD-Bürokratie.

Wir werden nicht mit denselben Methoden antworten, aber wir werden den Kampf gegen die SPD-Führer und den verkalkten SPD-Funktionärapparat jetzt von außen her mit der ganzen Schärfe marxistischer Kritik führen, bis die SPD im Bewußtsein auch des letzten Proletariers als das erscheint, was sie geworden ist. Die Partei, die durch ihre Politik dem Faschismus in Deutschland den Weg bereitet.

Genossen und Genossinnen der SPD und SAJ, wagt den Schritt, den Sprung über den Graben der Vorurteile und des Mißtrauens. Kommt zu uns, zu der Partei des revolutionären Sozialismus, zur Kommunistischen Partei Deutschlands!

Erwin Eckert

Der Standpunkt der KPD

In der Mannheimer Riesenkundgebung gab der Vertreter der KPD im Namen der Bezirksleitung Baden-Pfalz folgende grundsätzliche Erklärung zum Übertritt des Genossen Eckert ab:

Im Namen der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Baden-Pfalz, im Namen aller revolutionären Arbeiter Badens und der Pfalz begrüßen wir unseren *Genossen Eckert* und die vielen jetzt zu uns übergetretenen ehemaligen sozialdemokratischen Arbeiter mit einem dreifachen kräftigen „Rot Front“:

Dieser Schritt, der nach längeren und schweren inneren Kämpfen erfolgt ist, ist ein durchschlagender Beweis für die *sieghafte Idee des Kommunismus*, die trotz allem Terror, trotz alter Verleumdungen und Verdächtigungen in stürmischem Tempo die Hirne und Herzen der werktätigen Massen erobert. Die Tatsache, daß ganze Teile sozialdemokratischer Arbeiter sich von der Partei des systematischen Arbeiterverrats loslösen und viele von ihnen ihren Übertritt zur Kommunistischen Partei vollzogen haben, ist ein unumstößlicher Beweis dafür, daß die SPD ihren Masseneinfluß unter den werktätigen Schichten zu verlieren beginnt und daß sich unter der Führung der KPD alle ehrlichen und klassenbewußten Elemente zu einem Block der roten Einheit zusammenschließen beginnen.

Rote Einheit aber ist der Tod des Kapitalismus.

Durch rote Einheit zur Macht heißt unsere Parole, die wir unserer gesamten revolutionären Massenarbeit zugrunde legen.

Unsere Gegner, allen voran die SPD - jene Partei, die seit nahezu zwei Jahrzehnten die roten Fahnen des Sozialismus in den Schmutz getreten hat - versuchen aus *feiger Angst* vor der im Entstehen begriffenen roten Einheitsfront mit den verlogenen, unsinnigsten und blödsinnigsten Argumenten die klassenbewußte Arbeiterschaft irrezuführen. Daß ihnen das nicht gelingt, dafür ist die heutige Kundgebung ein sichtbarer Beweis. Die rote Einheit formiert sich. Die Arbeiterschaft, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, sammeln sich immer mehr und immer schneller unter den blutroten Fahnen Lenins, um sich unter der Führung der KPD durch den Sturz des Kapitalismus den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die Freiheit und damit Arbeit, Lohn und Brot zu erkämpfen.

Im Auftrage meiner Partei möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen zu jenem Problem machen, das heute weit über den Rahmen Mannheims hinaus unter den Werktätigen äußerst lebhaft diskutiert wird.

Es ist die Stellung der Kommunisten zur Religion und zur Kirche.

Als Marxisten betrachten wir alle heutigen Religionen und Kirchen stets als Organe des gegenwärtigen kapitalistischen Staates, der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, die zum Schutze der Ausbeutung und der Betäubung der Arbeiterklasse dienen.

Wir wissen jedoch, daß die Wurzel der Religionen sozialer Natur sind. Die Furcht ist es, die die Götter erzeugt hat.

Man predigt heute den Massen die Notwendigkeit der Anerkennung der Obrigkeit, die Gewalt über sie hat. Man sagt den Massen, sie sollen ruhig diese grausame Verelendung ertragen, die der Kapitalismus zwangsläufig mit sich bringt. Wir aber wollen als Kommunisten für die Menschheit nicht erst das Paradies im Jenseits, sondern wir wollen für alle die arbeiten, auf dieser Erde ein menschenwürdiges Dasein, so wie das Lenin in folgenden Sätzen zum Ausdruck brachte:

„Die Einheitlichkeit dieses wirklichen revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse um die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist uns wichtiger als die Einheitlichkeit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.“

Wir werden nach dem Siege der proletarischen Revolution Arbeit und Brot für alle schaffen. Wir werden jedoch dann den Grundsatz verwirklichen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

Für die Erreichung dieses Zieles erstreben wir die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes.

Wir wollen die Zersplitterung der Kräfte des wirklich revolutionären, ökonomischen und politischen Kampfes um zweitrangige Meinungen nicht zulassen, die durch den Gang der ökonomischen Entwicklung selbst überholt werden.

Den Schmutzfinken in den Redaktionsstuben der sozialdemokratischen Presse, die heute mit den schmutzigsten Mitteln die Bildung der roten Einheit zu hindern versuchen, antworten wir mit den Worten Lenins, dem größten Revolutionär aller Zeiten, die von ihm bereits im Jahre 1909 geschrieben wurden: *„Wenn ein Geistlicher zwecks gemeinsamer politischer Arbeit zu uns kommt, und gewissenhaft Parteiarbeit leistet, ohne gegen das Parteiprogramm aufzutreten, so können wir ihn in die Reihen der bolschewistischen Partei aufnehmen, denn der Widerspruch zwischen dem Geiste und den Grundlagen unseres Programms und der religiösen Überzeugung des Geistlichen könnte unter solchen Umständen ein nur ihn allein angehender persönlicher Widerspruch sein, eine politische Organisation kann aber nicht ihre Mitglieder daraufhin prüfen, ob nicht zwischen ihren Anschauungen und dem Programm der Partei ein Widerspruch besteht [...] Und würde zum Beispiel ein Geistlicher in die bolschewistische Partei eintreten und als seine wichtigste und fast ausschließliche Arbeit eine aktive Propaganda religiöser Anschauungen in der Partei betreiben wollen, so müßte die Partei ihn aus ihrer Mitte unbedingt ausschließen. Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, zu der Kommunistischen Partei nicht nur zulassen, sondern sie mit verdoppelter Energie heranziehen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Überzeugung, aber wir wollen sie heranziehen, um sie im Geiste unseres Programms zu erziehen, nicht aber, damit sie aktiv gegen dieses kämpfen.“*

Diese großen bedeutungsvollen Worte unseres Meisters Lenin haben nach wie vor für uns eine grundsätzliche Bedeutung.

Wenn der Genosse Eckert und die übrigen ehemaligen sozialdemokratischen Funktionäre und Arbeiter, die sich von der SPD getrennt haben, und jetzt Schulter an Schulter innerhalb der KPD auf der Grundlage unseres Programms und auf der Grundlage unserer bolschewistischen Grundprinzipien aktiv mit uns zusammen kämpfen, um den Leidensweg der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes abzukürzen, *sind sie uns als vollberechtigte und gleichberechtigte Mitglieder in unseren Reihen auf das herzlichste willkommen.*

Darüber hinaus reichen wir allen ehrlichen proletarischen Elementen - ob im Lager der SPD, des Zentrums oder der Nationalsozialisten - die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen Not und Reaktion, gegen Hunger und Faschismus. Wir rufen ihnen zu: *Her zu uns, zur KPD, als der einzigen Partei der Arbeiterklasse, die unter ihren Fahnen alle revolutionären Kräfte für die Befreiung der Menschheit aus Not und Unterdrückung, aus Elend und Knechtschaft, aus Sklaverei und*

Barbarei sammelt zum Kampfe für den Sturz des Kapitalismus, für den Aufbau des neuen sozialistischen Welt.

Als Kommunist für die evangelische Kirche nicht tragbar

Die badische Evangelische Kirchenregierung hat in ihrer Sitzung am Freitag, den 9. Oktober in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Kirchenpräsident Dr. Wurth sich auch mit dem Fall Eckert befaßt. Nach langer Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, in der Pfarrer Eckert in Mannheim vorläufig vom Amt suspendiert wird. Ferner wird die Zurückziehung des bereits gewährten Rußlandsurlaubs beschlossen, da dieser Urlaub Pfarrer Eckert unter anderen Voraussetzungen gewährt worden war. Pfarrer Eckert ist nach der Gewährung des Urlaubs in die Kommunistische Partei eingetreten. Schließlich wird ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der definitiven Amtsenthebung von Pfarrer Eckert eingeleitet.

Da sich Pfarrer Eckert voraussichtlich nicht an die von seiner vorgesetzten Behörde verweigerte Erlaubnis halten wird, und trotz Verbots am kommenden Dienstag seine Reise nach der Sowjet-Union antritt, wird das Disziplinarverfahren wohl Erfolg haben. Es ist anzunehmen, daß Pfarrer Ecken nach seiner Amtsenthebung auch nicht mehr Mitglied der evangelischen Kirche bleibt und versuchen wird, vor allem mit seinen kommunistischen religiösen Anhängern außerhalb der christlichen Kirche eine Gemeinschaft zu bilden. Die Religiösen Sozialisten, bei denen Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche Bedingung ist, werden in einem solchen Fall Pfarrer Eckert ausschließen müssen, falls er nicht freiwillig austritt.

Aus dem Mannheimer evangelischen Kirchengemeinderat geht uns folgender Bericht zu:

Auf den Antrag des überwiegenden Teils der Kirchenältesten ist der evangelische Kirchengemeinderat gestern Abend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten mit der Tagesordnung: „Die Lage der evangelischen Gemeinde Mannheim durch den Fall Eckert“. Mit Ausnahme der Religiösen Sozialisten waren alle nicht durch Abwesenheit von Mannheim oder durch Krankheit verhinderten Mitglieder erschienen. Trotz mehrfachen Ersuchens durch den Vorsitzenden hat sich kein Vertreter der Religiösen Sozialisten eingefunden. In der Sitzung ist einstimmig folgende Resolution gefaßt worden:

„Der Übertritt des Herrn Pfarrer Eckert zur Kommunistischen Partei und die Art, wie er ihn vollzogen hat, hat in der evangelischen Gesamtgemeinde Mannheims tiefste Beunruhigung und Erregung hervorgerufen. Es wird nirgends verstanden, daß ein evangelischer Pfarrer Mitglied und Anwalt einer politischen Partei wird, die der Kirche hemmungslos feindlich gegenübersteht und an der die Gottlosenbewegung ihren stärksten Rückhalt hat.

Der Kirchengemeinderat, der als verantwortlicher Vertreter der Gesamtge-

meinde von seinen Mitgliedern aus diesem Anlaß aufgerufen worden ist, ist zu der Erkenntnis gekommen, daß ein Diener der evangelischen Kirche nicht zugleich Diener der Kommunistischen Partei sein kann.

Die tief ernste und gründliche Aussprache mußte zu dem einmütigen Ergebnis führen, daß Pfarrer Erwin Eckert im Amt als Pfarrer in Mannheim nicht mehr tragbar ist.

Die Antwort Eckerts in der Riesenkundgebung in Stuttgart

Am Samstag, den 10. Oktober sprach Eckert in einer Riesenkundgebung in Stuttgart vor 10.000 Besuchern. Seine Rede wurde zu einer wuchtigen Anklage gegen das kapitalistische System und gegen die Kirche. Er führte dort folgendes aus:

Ein innerlich lebendiger Mensch muß an den Geschehnissen des gesellschaftlichen Lebens seiner Zeit teilnehmen, wenn sein Leben nicht eine ziemlich nebensächliche Angelegenheit, ein dumpfes Dahinvegetieren in Gemütlichkeit sein soll. Doppelt notwendig ist es, sich um die Zusammenhänge des öffentlichen Lebens zu kümmern *in einer Zeit*, in der alle Maßstäbe des Überkommenen hinfällig geworden sind, in der alles, was bisher die Ordnung des Lebens bestimmte, *innerlich faul geworden* ist, in einer Zeit, in der neue Ordnungen, neue Maßstäbe, neue Energien ins Licht drängen, um einer höheren Gestaltung des Lebens zu dienen.

Wir leben in einer solchen Zeit und die letzten Monate, Wochen und Tage haben uns deutlich gezeigt, daß wir mitten in einer Umgestaltung des ganzen Lebens der Völker stehen, daß wir mitten in einem revolutionären Prozeß leben, den viele nur noch nicht sehen, weil sie außerordentlich romantische Vorstellungen von Revolutionen haben.

Und wenn das so ist, dann ist es notwendig, sich ohne jede Selbsttäuschung klarzumachen, was notwendig ist, was getan werden muß, um dieses morsch Gewordene zu beseitigen und dem Neuen den Weg zu bereiten.

Die Symptome der unzulänglich gewordenen Ordnung unserer Tage sehen wir in der *Massenarbeitslosigkeit* in allen kapitalistischen Ländern, eine Massenarbeitslosigkeit, die sich nicht mit der herkömmlichen, aus der Saison, oder aus den immer wieder einsetzenden Krisen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ergibt, sondern die in dem gewaltigen Ausmaß nur damit zu erklären ist, daß es der bestehenden Wirtschaftsordnung *unmöglich geworden* ist, die Aufgaben zu erfüllen, Brot und Arbeit zu schaffen für Alle. (Stürmische Zustimmung.)

Wir leben in der *Endkrise* des Kapitalismus und es wird diejenigen, die Interesse daran haben, die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten, gar

nichts mehr nützen, daß sie mit rücksichtslosen Mitteln sich an der Macht zu halten suchen.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist gerichtet und muß fallen, sie mögen machen was sie wollen.

Warum ist das der Fall? Es ist so, weil alle, die krampfhaft versuchen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu erhalten, die Schwierigkeiten noch größer machen, unter denen sie leidet. Diejenigen, die sich von der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung etwas versprechen *für sich*, versuchen sie zu erhalten auf Kosten der breiten werktätigen Massen. Sie versuchen, durch eine Konzentration der Betriebe, durch eine Rationalisierung, durch ständige Lohnsenkungen, die Gesteuerungskosten zu senken, die Auslagen, die Selbstkosten des Produktionsprozesses herabzudrücken, um dadurch konkurrenzfähig zu bleiben auf dem Weltmarkt, und im eigenen Lande die Konkurrenz der anderen Länder niederzuringen. Doch dadurch werden die Krisenerscheinungen nur vergrößert.

Aber nicht nur wirtschaftliche Mittel, nicht nur eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit durch diese Rationalisierung ist es, die die Wirtschaftsordnung immer tiefer in den Abgrund hineinstoßen. Direkte politische Maßnahmen zur Sanierung der bestehenden Wirtschaftsordnung werden benutzt, Massenbelastungen durch *Steuern*, die auf dem Notverordnungswege durchgesetzt werden. Auf der anderen Seite gibt es aber Unterstützung, Hilfeleistung für die Industrie, für die große Landwirtschaft. Das verschärft von der politischen Front aus die Differenzen und Schwierigkeiten. Kurz und gut, auch die bürgerliche Demokratie versucht alles, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu retten vor dem Zusammenbruch.

Was wir bei der Umgestaltung des Kabinetts *Brüning* erlebt haben, ist ein deutliches Zeichen dafür, daß sich die kapitalistischen Machthaber anschicken, durch die Zentralisation der physischen Gewalt im Staate, durch die Verbindungen, die sie aufnehmen, indirekt und direkt zu Hitler und Hugenberg, gerüstet zu sein, wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch die Massen auf die Straßen und zum Kampf treiben würde in diesem Winter.

Der Kapitalismus wird nie in einer absolut auswegslosen Situation sein

Der Kapitalismus wird, je schwieriger er sich *wirtschaftlich* durchzusetzen vermag, versuchen mit dem Mittel der physischen Macht, der Ausnutzung der Staatsgewalt, sich an der Macht zu halten und wenn dagegen nicht alle, die unter ihm leiden, zusammenhalten in einer großen, gewaltigen Einheitsfront, dann ist gar nicht daran zu denken, daß wir den Kapitalismus zu beseitigen vermögen. (Stürmischer Beifall.)

Und darum war es immer meine Absicht, solange ich in der sozialistischen Arbeiterbewegung mitkämpfe, in den letzten zehn Jahren vor allen Dingen, diese *Einheitsfront der proletarischen Massen* herbeizuführen.

Ich bin 20 Jahre in der SPD gewesen und habe geglaubt, daß die Einheitsfront des Proletariats dadurch herzustellen wäre, daß alle, die den Willen haben, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen, sich *in der SPD konzentrieren* sollten. Ich habe in Hunderten von Versammlungen, Sitzungen und Kundgebungen dafür geworben, daß die Massen sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen sollten, weil ich die Überzeugung hatte, daß bei aller Zurückhaltung, bei allem Abwarten die Sozialdemokratische Partei doch eine revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei sei. Ich habe in dem Jahrzehnt nicht geschwiegen zu der, von uns aus gesehenen *Verratspolitik der SPD* in den verschiedensten Situationen.

Ich habe mit meinen Freunden zusammen *immer wieder gewarnt* und darauf hingewiesen, daß es nicht so weitergehen dürfe, daß die sozialdemokratischen Führer die Macht des Proletariats in die Wegschale werfen für Regierungen und ihre Maßnahmen, die nicht von uns, sondern von den Interessenvertretungen des Groß-Bürgertums bestimmt waren. (Zurufe Sehr richtig!)

Ich habe umsonst gewarnt vor den *Koalitionsregierungen*, die in ihrer Wirkung immer gegen die Arbeiterklasse beschlossen haben. Ich habe umsonst gewarnt vor der zuletzt getätigten Tolerierungspolitik der SPD. Wir haben gewarnt und haben gedroht, weil wir wussten, daß, wenn diese Art und Weise der politisch-taktischen Haltung der SPD nicht geändert wurde, sie das Vertrauen der werktätigen Massen verlieren müsse, ob sie will oder nicht. Es hat alles nichts genützt. Am 14. September 1930 und nach diesem Wahltag zu diesem Reichstag versuchten wir, die Parole durchzusetzen in den Organisationen der SPD: Nun aber Schluß mit aller Beteiligung oder Duldung dieses Kabinetts durch die Arbeiterklasse. Nun mögen diejenigen, die zwangsläufig aus der Situation des Kapitalismus die Verantwortung auch politisch tragen, die Regierung bilden. Damals hatte man Angst vor dem Faschismus, weil er die Errungenschaften von 1918, Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit aufheben würde. Damit würde die Kampfkraft des Proletariats vernichtet. Doch was man vom Faschismus fürchtete, führte Brüning mit Unterstützung der SPD durch.

Genossen und Genossinnen! Was hinter uns liegt, ist nicht mehr zu ändern, aber *was vor uns liegt, kann noch geändert werden* und wenn es schon so ist, daß die SPD mit ihrer ganzen Politik, mit der Duldung des Kabinetts Brüning *Schiffbruch* erlitten hat, daß die nationale Einheitsfront sich bereits vorbereitet zur Machtübernahme in Deutschland und wenn es so ist, daß Herr Goebbels in Berlin im Sportpalast behauptet hat, *der Bürgerkrieg steht vor den Toren* dann hat das Proletariat die Pflicht, nicht mehr der ewig feilschenden, nachgebenden

SPD zu folgen, sondern der einzigen klassenbewußten, revolutionären Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei Deutschlands. (Beifall.) Jeder politisch geschulte und verantwortliche Mensch *muß* dieser Erkenntnis folgen und sich entschließen, aus dieser Erkenntnis *die Konsequenzen* zu ziehen. Leider aber ist es in der breiten Masse auch derer, die bisher der SPD gefolgt sind, unendlich schwer, die Umkehr, die neue Einstellung zu erzwingen, weil die Gewohnheit, weil Herkommen, weil gefühlsmäßige Gründe nur zu stark den Bruch mit der Partei, der man lange Zeit gedient hat, für die man gekämpft hat, beschwert. Und es ist mir vielleicht in meinem ganzen Leben nichts schwerer gefallen, als mich von der Partei, von der SPD zu trennen, für die ich zwei Jahrzehnte gekämpft habe. Aber man darf nicht danach fragen, wo der bequemere Weg in die Zukunft weist, man muß danach fragen, was geschehen muß, um den Weg zur Befreiung des Proletariats vorzubereiten. Und darum habe ich diesen schweren Weg gewählt.

Die Opposition in der SPD.

Lange haben wir Oppositionellen in der SPD versucht, die Partei herumzureißen, sie aus einer ewig feilschenden Partei zu einer Kampfpartei des Proletariats zu machen, der all die auch nachfolgen könnten, die in der Kommunistischen Partei sich zusammengeschlossen haben. Alle Versuche waren umsonst. Und trotzdem wären meine Freunde und ich heute noch nicht in der KPD, wenn der SPD-Vorstand nicht die Führer der Opposition innerhalb der Partei ausgeschlossen hätte, um eine saubere Partei zu haben. (Stürmische Heiterkeit.) Man hat die Genossen Seydewitz und Rosenfeld ausgeschlossen aus der SPD, weil sie sonderorganisatorische Bestrebungen in Szene gesetzt hätten, weil wir es gewagt haben, unsere, die oppositionelle Meinung, in der SPD systematisch zum Ausdruck zu bringen, weil wir ein *Organ* geschaffen haben, eine Zeitung „Die Fackel“, die in ganz Deutschland verbreitet wurde, um unsere Ansichten zu verkünden. Weil wir die Kolporteure dieser Zeitung zusammenfaßten, darum waren wir in den Augen des Parteivorstandes schon gefährliche Leute geworden, die die Partei „an den Rand des Verderbens“ bringen, wegen ihrer gegen den Parteivorstand gerichteten Meinung über die politisch-taktische Haltung der Partei.

Die Meinungsfreiheit in der SPD ist immer so hoch gepriesen worden. Die SPD hat sich immer als die Retterin und Bewahrerin der Demokratie angepriesen. Aber den Genossen gegenüber, die aus innerster Verantwortung den Weg, den die SPD-Mehrheit ohne Hemmung gegangen ist, nicht mehr mitmachen konnten und davor warnten, die hat man aus lauter Demokratie heraus ausgeschlossen aus dieser Partei.

Am 2. Oktober hat man auch mich ausgeschlossen und zwar nicht nur wegen dieser organisatorischen Sonderbestrebungen, sondern auch wegen „grobem

Vertrauensbruchs“.

Da wir zur Zeit in Baden keine eigene kommunistische Presse haben (die „Arbeiter-Zeitung“ Mannheim war 4 Wochen verboten), ist es außerordentlich schwer, gegen solche *unwahren, verleumderischen* Behauptungen sich zur Wehr zu setzen. Man würdige: die Sozialdemokratische Partei, die früher keine Gelegenheit vergehen ließ, um mich im Kampf des politischen Lebens mit zu verwenden, die zu mir *ein großes Vertrauen* hatte, sie spricht nun plötzlich von grobem Vertrauensbruch, weil ich diejenigen Genossen, die durch den Ausschluß des Genossen Seydewitz aufs tiefste empört waren, zusammenfasste, um mit ihnen zu besprechen, was nun geschehen soll. Ich hatte in der *Funktionärversammlung im August*, in der wir uns über diese Frage ausgesprochen hatten, zum Ausdruck gebracht, daß, wenn innerhalb der Partei die Möglichkeit bestünde, die politischen und taktischen Fragen zu besprechen, wir *nicht notwendig* hätten, uns zu solchen Zusammenkünften zusammenzufinden. Die SPD ist auf das brutalste gegen die Genossen vorgegangen, die ihre eigene Meinung um des innersten Gewissens willen nicht aufgeben konnten, weil sie wußten, daß ihre Meinung für den Befreiungskampf des Proletariats wichtiger ist als die ewigen Besänftigungsversuche der SPD-Bürokratie. Aber das ist der Vertrauensbruch!

Man wollte meine Freunde und mich zu sittlich nicht ganz einwandfreien Menschen stempeln, um damit die Gefahr abzubremesen, daß große Kreise, große Massen ans der SPD mit uns zusammen austreten. (Stürmisches: Sehr richtig!)

Es ist begreiflich, daß nun in der SPD-Presse über diejenigen, die den Schritt zur KPD getan haben, auf das maßloseste geschimpft wird. Wir schimpfen nicht dagegen. Aber wir werden die SPD-Führung, die auch weiterhin den Herrn Brüning und sein Kabinett tolerieren will, wir werden um der Zukunft des proletarischen Klassenkampfes willen, die SPD-Führung sachlich bekämpfen und nicht aufhören mit Agitation und Arbeit in der KPD, in der Öffentlichkeit, bis der letzte SPD-Arbeiter erkannt hat, *es gibt keinen anderen Weg, als den, in der KPD revolutionäre Arbeit zu leisten.* (Stürmischer Beifall!)

Genossen! Nachdem wir aus der Partei ausgeschlossen worden waren, wurde die Frage diskutiert, ob wir nicht *eine neue Partei* gründen sollten. Das war eine große Versuchung auch für mich, diese neue Partei ins Leben zu rufen, eine Versuchung deswegen, weil eine neugegründete Partei zunächst gar nicht so ohne jede Aussicht gewesen wäre. Es hätten sich bestimmt eine große Masse von sozialdemokratischen Arbeitern zu dieser neuen Partei geschlagen und es hätten diejenigen, die ein Jahrzehnt lang die Opposition geführt haben, bestimmt auch die *Führung* dieser Partei in die Hände bekommen. Es wäre für mich persönlich viel leichter gewesen, dieser Partei beizutreten und in ihr maßgebenden Einfluß auszuüben, und trotzdem habe ich mir bei nüchterner und ruhiger Überlegung sagen müssen, daß diese Parteigründung nicht der

Einheit des Proletariats dienen wird, sondern eine neue Zersplitterungsgefahr für das Proletariat ist. (Zurufe: „Sehr richtig!“)

Man kann einmal nicht ein Programm aufstellen, das einerseits evolutionär, sozialdemokratisch ist und andererseits revolutionär sein will, ohne es zu sein. Man kann nicht zu gleicher Zeit II. Internationale und III. Internationale sein. Man kann nicht mit einer Summe von allen möglichen kleinen Splittergruppen, die aus den organisatorischen Kämpfen der sozialistischen Parteien in der Vergangenheit übriggeblieben sind, mit der KPO, mit den alten Leuten von der USP, mit verärgerten Friedensgesellschaftern, mit neugewonnenen Sozialisten, die jetzt plötzlich ihr sozialistisches Herz entdeckt haben, mit Leuten, die einmal im „Leninbund“ waren und sonstigen *Einzelläufern* eine Kampfpartei gründen, vor allen Dingen dann nicht, wenn man von vornherein erklärt, daß in dieser neuen Partei *alle* diese Gruppen in der zentralen Leitung vertreten sein sollen.

So etwas kann ein verantwortlicher Politiker nicht mitmachen. So etwas kann auch ein Arbeiter, ein *politisch denkender* Mensch nicht mitmachen. Und wenn dann die Gründer dieser Partei von vornherein sagen, diese Partei soll nur vorübergehend bestehen, sie soll nur ein Sammelbecken sein für die, die in der SPD nichts mehr suchen wollen, die aber zur KPD nicht können, dann muß ich schon sagen, daß in einer solchen großen Zeit der Entscheidungen, *solche* Einwendungen nichts mehr zu tun haben, daß es jetzt Entweder Oder heißt. Darum habe ich mich, so schwer es mir menschlich gefallen ist, von diesen Genossen getrennt. Nachdem ich eingesehen hatte, daß mein Versuch in Berlin, den Genossen Seydewitz herüberzunehmen zur KPD, aussichtslos war, mußte ich weitergehen zu der Stelle, von wo aus die Zukunft des Proletariats allein gestaltet werden kann, weitergehen zur *Kommunistischen Partei*, die mich aufgenommen hat als einen, der mit ihr zusammen revolutionär, marxistisch kämpfen will bis zum Sieg des Proletariats. (Minutenlanger Beifall)

Ich habe damit schon zum Ausdruck gebracht, *warum ich in die KPD gegangen bin*. Nicht um dort als *Pfarrer* zu wirken, sondern um dort einer von den vielen Tausenden und Millionen zu sein, die es nicht mehr tragen können, daß Ungerechtigkeit und Gemeinheit das Leben der Menschen zerstört. Ich bin zur KPD gegangen, weil ich glaube und überzeugt bin, aus marxistischer Erkenntnis und heißem Glauben an die Kraft des Guten, daß nur in der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt die Kräfte sich zusammenfinden, die einmal imstande sein werden, diese ganze heutige Unmöglichkeit *hinwegzufegen*, die imstande sein werden, eine *gerechte Ordnung* aufzurichten, eine Ordnung, in der jene, die *nicht* arbeiten, nicht essen werden, eine Ordnung in der das Kriegsgeschrei verstummen, in der *Friede* und *Gemeinschaft* unter den Menschen sein wird. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Darum bin ich in der KPD. Ich habe die KPD auch bekämpft, scharf, sachlich. Ich kenne die Einwände wohl, die Gewerkschaftsfrage, die „Abhängigkeit von Moskau“, politische „Putschtaktik“, militärische Organisation, zentralistischer, „diktatorischer Apparat“, „brutale Sprache in der Presse usw.“ Ich kenne diese Einwände wohl. Ich kenne vor allem den Einwand, der mich immer innerlich gequält hat und der auch quält Hunderttausende von Christen, d. h. jene Menschen, die in Christus eine *Verdeutlichung* der letzten und stärksten Kraft *menschlichen* Lebens sehen, den Einwand von der weltanschaulichen Unduldsamkeit der Kommunistischen Partei. Als ich aber auf dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Berlin war und als ich dort meinen Eintritt erklärte, sagte man mir: *Jawohl, wir verlangen nicht, daß Du Deine Weltanschauung und Dein Pfarramt aufgibst!*

Da habe ich gestaunt über die *Selbstverständlichkeit*, mit der die Genossen mich als einen, der eine bestimmte Art des Nachdenkens über die Angelegenheit des Lebens mit sich bringt, aufgenommen haben als einen der ihren, wie sie sich gefreut haben darüber, daß ich zu ihnen gekommen bin.

Ich weiß sehr wohl, daß nun behauptet wird, ja, die KPD hat den Eckert nur deswegen freudig aufgenommen, weil er durch agitatorische Kraft und durch Reden, durch die Sensation, die es gibt, wenn ein Pfarrer zur KPD kommt, viel für die Partei tun kann, daß man durch die Sensation, die er auslöst, viel für die Partei erreichen kann. Das weiß ich sehr wohl. *Jawohl, wir nützen das aus, daß das Spießbürgertum darin eine Sensation sieht, daß ein Pfarrer Kommunist wird.* (Bravo! Langanhaltender Beifall.) Wir nützen das allerdings aus, damit wir *an diejenigen herankommen*, die bisher, von Vorurteil und *Engstirnigkeit* geplagt, gemeint haben, daß die Kommunisten gleich nach den Verbrechern kommen.

Wir nützen es aus, um an sie heranzukommen, um ihnen klarzumachen, daß der Kampf der Kommunisten *nichts Verbrecherisches* an sich hat, sondern ein Kampf ist *um gewaltig hohe Ziele*, für die es sich einzusetzen lohnt *mit der ganzen Kraft seines Lebens*. Und wenn wir das tun, tun wir nichts Schlechtes, auch wenn wir diese „Sensation“ ausnützen.

Noch eins: Sie werden fragen, *wie kann man denn als Pfarrer zu einer Partei gehen, die die Kirche bekämpft*, die die Gottlosenbewegung aufzieht, zu einer Partei, die von Gott und Christus nichts hält, die systematisch jede Religion bekämpft, weil sie in Ihnen eine Einflußsphäre der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zur Verdummung der Massen sieht? Wie kann man als Pfarrer zu einer solchen Partei gehen? Ich will Ihnen einmal etwas sagen über Religion.

Glauben Sie denn, daß Religion überall da ist, wo man davon redet? Glauben Sie denn, daß wirklich überall da, wo im Namen Gottes etwas verlangt wird, Gott etwas verlangt? Ich bin überzeugt, daß der Glaube an eine Gottheit nie schlimmer *mißbraucht* worden ist *zu menschlichen Zwecken* als in unserer Zeit, in

der der Faschismus behauptet, daß er im Namen Gottes die Welt vom Bolschewismus befreien müsse. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, daß da, wo kommunistisch gekämpft wird, mehr von der Aufgabe begriffen ist, die der Menschheit für die Zukunft gestellt ist, als da, wo man mit aller Macht das Vergangene halten will, auch dann, wenn Hunderttausende und Millionen dabei um des Profites willen zugrunde gehen und elend ihr Leben verlieren müssen. Darum kann mich das nicht irre machen. Gottlosenbewegung? Wer ist denn Schuld an der Gottlosenbewegung? Wer ist denn schuld, daß das Proletariat nichts mehr von der Kirche hält? Das Proletariat ist nicht schuld. Schuld sind diejenigen, die aus einer *unheilvollen Verflochtenheit* der kirchlichen Organisationen nichts anderes zu tun gewußt haben, als die ganze Ideologie der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft *in Schutz zu nehmen* gegen das vordrängende Proletariat.

Und darum soll sich die Kirche nicht wundern, wenn die Masse nichts mehr von ihr hält.

Jetzt, wo eine große Anti-Gottlosenbewegung durch die deutschen Lande organisiert wird, jetzt ist es natürlich außerordentlich unangenehm, wenn da ein Pfarrer plötzlich ausgerechnet zur KPD geht, die man natürlich mit dieser Anti-Gottlosenbewegung treffen will. Es kommt ihnen gar nicht so sehr auf die *Gottlosen* an, es kommt ihnen darauf an, daß man die *kommunistischen* Kampforganisationen zerschlagen kann, weil sie der Schutz und die Führung des Proletariats sind, wenn es sich wehrt gegen seine Unterdrückung.

Nun hat die Kirche mich meines Amtes enthoben.

In derselben Zeit, als ich in *Karlsruhe* in einer überfüllten, polizeilich geschlossenen Massenversammlung sprach, hat der gemeinsame Kirchengemeinderat beschlossen, daß ich als evangelischer Pfarrer von dem Augenblick an nicht mehr tragbar sei, wo ich in die Kommunistische Partei eingetreten bin. *Der Kirchengemeinderat hat nämlich Angst gehabt, daß ich morgen Sonntag früh auch als Kommunist auf der Kanzel gestanden wäre.*

Das wird alles nichts nützen. Wenn man mich jetzt meines Amtes enthoben hat, wenn man mich nicht mehr auf die Kanzel läßt, wenn man mir das Recht abspricht, Pfarrer zu sein als Kommunist, dann schließt man mich damit auch aus dieser Kirche aus. Nicht ich gehe aus der Kirche heraus, man schließt mich aus, der ich im Innersten meiner Seele getroffen bin von den Wirklichkeiten des Lebens. Ich habe früher und jetzt so viel von Gott gesprochen, daß ich aus innerster Verbundenheit gekämpft habe um eine neue Menschheit, gekämpft habe, damit die Menschen aufwachen aus ihrer Gleichgültigkeit. Man schließt mich aus, der sich bemüht hat, die jungen Menschen zu erziehen, damit sie *Kämpfer* werden für den Geist der *Gerechtigkeit* und des *Friedens* und der *Liebe*. Man schließt mich aus und damit auch alle diejenigen, die mit mir ge-

glaubt haben, daß man innerhalb der Kirche Gott dienen kann. Und damit hat die Kirche etwas getan, von dem sie noch gar nicht weiß, wie sich das auswirken wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Gottlosen, haben mich als Pfarrer, so wie ich bin, genommen und getragen und haben mich zu verstehen gesucht, aber die Kirche, die kann mich nicht als Kommunisten tragen, weil sie christlich ist und duldungsvoll!

Die Kommunistische Partei hat in dieser historischen Stunde *nicht* versagt, aber die evangelische Kirche hat ein kleines Führertum an der Spitze gehabt. Und darum wird es in der Zukunft einmal heißen: Schuld daran, daß das Proletariat endgültig irre geworden ist, daß in der überlieferten Religion, ihren Formen und in dieser Kirche auch nur irgendetwas in die Zukunft hineingerettet werden kann, schuld daran sind die, die die Kirche in dieser Zeit führten, ohne daß sie dazu innerlich stark und groß genug gewesen wären. (Beifall.)

Eckerts Weg, der Weg zur Einheit!

Verehrte Zuhörer! Ich werde *keine neue Kirche gründen*, o nein, *ich werde ganz einfach den Kampf eines Kommunisten führen* um die Befreiung der Brüder und Schwestern, die leiden. Wenn man mich ausschließt, weil ich als Pfarrer durch die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei so ungefähr gottlos geworden sei, wenn man mich ausschließt, und es als Gottlosigkeit empfindet, daß ich als Kommunist auf der Kanzel stehe, dann ist für mich das Wort Gott so mißbraucht, daß ich es gar nicht mehr in den Mund nehmen möchte.

Ich werde, ganz ohne von diesen Dingen zu sprechen, in der Kommunistischen Partei meine Arbeit tun und kämpfen, und ich bin überzeugt, daß ich damit vielleicht mehr Gottesdienst - um das zu sagen - tue, als wenn ich vielleicht weiter nur von Gott hätte reden können.

Wissen Sie, es ist ein schwerer Weg, der nun vor mir ist und doch ist er leicht, denn jetzt ist er *eindeutig und klar*. Durch all die Schwierigkeiten habe ich mich hindurchgerungen, die mich mit der SPD verbanden. Ich habe mich durch die Schwierigkeiten hindurchgerungen, die weltanschauliche Hemmungen von außen her waren.

Nun stehe ich da, wo wirklich der Kampf geführt wird, zur Umgestaltung des gegenwärtigen Lebens. Nun stehe ich da, wo wirklich versucht wird, den Mühseligen und Beladenen zu helfen, wo eine Ordnung erkämpft werden soll, die den Hungernden Brot gibt, die den Kranken beisteht, wo eine Ordnung erkämpft werden wird, die besser ist als die, in der wir heute leben.

Viele werden meinen Schritt jetzt noch nicht verstehen. Das ist bitter, aber ich kann es nicht ändern. Es kommt die Zeit, in der auch sie begreifen, daß es gar keinen anderen Weg gibt, als den, den ich ihnen vorangegangen bin. Und

wenn ich das so sage, denke ich an alle diejenigen, die mit mir ein Jahrzehnt und noch länger gekämpft haben in der SPD, in der freien Gewerkschaft, und ich möchte nichts lieber als das, daß sie *möglichst heute schon* zu uns kommen, mit uns kämpfen.

Denn es ist nichtsicher, wie viel Zeit wir noch haben.

Es ist nicht sicher, daß die Katastrophe nicht schneller kommt, als wir alle denken. Es ist nicht sicher, daß dieser Winter auch wieder so durchlaviert wird, es ist nicht sicher, daß das Kabinett Brüning nicht über Nacht nicht mehr ist, und daß der Versuch einer faschistischen Diktatur gemacht wird, ein Versuch, der einer der Anfänge wäre, zu einer *Situation*, in der es dann um das Ganze geht.

Mancher ist in unserer Zeit, der vor den großen Entscheidungen der Zukunft zurückbebt, der Angst hat, der unklar ist, über das, was wir wollen, der nicht offen in die Zukunft zu schauen wagt. Wir wollen nicht zu denen gehören. Wir wollen vielmehr erreichen, daß unter der Führung der KPD *eine so breite Einheitsfront* aller unter der gegenwärtigen Not Leidenden geschaffen wird, daß dem Faschismus die Lust vergeht, etwa wie in Italien in Deutschland seine Diktatur aufzurichten. (Großer Beifall) Aber was muß da alles noch geschehen! Unendliche Arbeit ist zu leisten, eine gewaltige Aufklärungsarbeit, eine opferbereite Hingabe ist nötig an unsere Idee und wer von Ihnen mitwirken will, den jetzt sein Herz und seine innerste Erkenntnis zu uns drängt, er soll die Hemmungen überwinden, die er als Vorurteil in sich trägt, er soll zu uns kommen, mit uns kämpfen und er wird merken, daß die Kommunistische Partei Deutschlands kein Sammelsurium von Menschen ist, mit denen man *nichts* gemein haben kann.

Es ist eigentlich das schmerzvollste überhaupt, daß ein revolutionär gesinnter Mensch unserer Zeit erleben kann, daß die Arbeiterklasse gespalten und auseinandergerissen ist.

Wenn aber der Weg der SPD, die dem Faschismus den Weg bereitet hat, wenn dieser Weg nicht zur Einigung des Proletariats führt und wenn die neue Zwischenpartei höchstens neue Zersplitterung schafft, dann kann es doch eigentlich nur noch den anderen Weg geben, nämlich den, der Kommunistischen Partei zu vertrauen und zusammen mit ihr die Zukunftsaufgaben in Angriff zu nehmen. (Stürmischer, lang-anhaltender Beifall)

Es kann kommen, wie es will, für mich sind die Entscheidungen gefallen Viele denken: jetzt hat der Mann sein Amt verloren, ach, der arme Mann. Viele denken: jetzt ist er nicht mehr Pfarrer, da wird ihn niemand mehr ansehen, er ist ja degradiert, er ist herabgewürdigt in der öffentlichen Meinung. Verehrte Zuhörer! Das ist einem Menschen, der seinem innersten Gewissenszwang fol-

gend, seinen Weg gehen muß, *vollkommen gleichgültig*. Hauptsache ist, daß er seiner Überzeugung treu bleibt bis in den Tod. (Langanhaltender Beifall.)

Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein Leben *nicht besser* eingesetzt werden kann, als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstützen, die krank sind, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen. Mein Leben kann keinen besseren Inhalt haben als den, entschlossen mitten im Proletariat zu kämpfen um Freiheit und Sozialismus, um ein menschenwürdigeres Dasein, um Frieden und Gemeinschaft auf dieser Erde. (Minutenlanger Beifall. Die Massen erheben sich und singen spontan die Internationale.)

Statt eines Nachwortes

Der Übertritt des Stadtpfarrers Eckert zur KPD, sein offenes und mutiges Bekenntnis zur sieghaften Idee des Kommunismus ist mehr als eine Einzelercheinung. Es ist ein Symptom für die sich immer mehr vertiefende Krise innerhalb der SPD. Aber nicht nur das. Eckerts Übertritt zur revolutionären, zur einzigen Partei der Arbeiterklasse, ist ein flammendes Signal für die sich immer rascher formierende rote Einheit im Kampfe gegen Not und Reaktion, gegen Hunger und Faschismus.

Eckert ging nicht zur Sumpfpartei der Seydewitze und Rosenfelde. Keine weitere Zersplitterung der Kräfte der Arbeiterschaft darf geduldet werden. Einheit auf dem Boden des zielklaren Programms der KPD ist das Gebot der Stunde. Wer das Tempo der sich rasch formierenden roten Einheit in Deutschland abschwächt und hemmt, begeht ein Verbrechen am proletarischen Befreiungskampf.

Eckert hat allen religiösen Arbeitern den Weg und die Aufgaben der heutigen Situation aufgezeigt. Nicht die religiöse Überzeugung des Einzelnen, nicht die Herumbalgereien über diese Frage ist das, was heute not tut, sondern der Lebenskampf um das Sein oder Nichtsein der großen Masse des Volkes. Der Kampf gegen die Existenzvernichtung durch ins Maßlose gesteigerte Ausbeutung, durch die keine Grenzen kennende Arbeitslosigkeit, durch den brutalen Terror des Faschismus verlangt gebieterisch die Einheit aller Arbeiter, ob christlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch, zur Schaffung eines unbesiegbaren Blockes gegen die Volksfeinde.

Mit jedem Tag wird der Kapitalismus morscher, fauler, menschenunwürdiger. Mit immer größerer Wucht prallen die Klassengegensätze in der kapitalistischen Welt aufeinander. Die Erkenntnis in den werktätigen Massen bricht sich immer mehr Bahn: *der Kapitalismus muß sterben, damit das Volk leben kann.*

Von allein aber wird das kapitalistische System der neuen höheren sozialistischen Wirtschaftsweise nicht Platz machen. Eckert und mit ihm Tausende und Zehntausende sozialdemokratischer Arbeiter hatten bisher geglaubt, unter der Führung der SPD könne das, was fallen muß, hinweggefegt werden. Seit Jahren sahen sie jedoch, wie ihre Partei und ihre Führer immer mehr zu Ärzten und Heilgehilfen des todkranken Kapitalismus wurden.

Noch auf dem Leipziger Parteitag der SPD prägte Tarnow, einer der Führer der reformistischen Gewerkschaften den Satz, daß die Arbeiterklasse die Aufgabe hätte, Arzt des Kapitalismus zu sein. Die Arbeiterklasse aber hat die historische Aufgabe, nicht Arzt, sondern Totengräber des kapitalistischen Systems zu sein, das geschichtlich dem Untergang geweiht ist.

Es ist Eckerts großes Verdienst, daß er den geraden, für ihn schwierigen und opferreichen Weg gewählt und diesen Weg vielen Zehntausenden und Hunderttausenden heute noch Schwankenden gezeigt hat. Sein offener und mutiger Schritt wird und muß dazu beitragen, viel bisher Trennendes zwischen sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeitern aus dem Wege zu räumen. Sein Beispiel wird und muß anfeuernd wirken, daß sich unter den blutroten Fahnen des sieghaften Sozialismus alle ehrlichen, klassenbewußten Elemente in einer einheitlichen Kampffront zusammenfinden, zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Die Krise innerhalb der SPD ist da. Sie kann auch nicht mehr durch noch so viele Aufrufe des sozialdemokratischen Hauptvorstandes aus der Welt geschafft werden. Die Kluft, zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und sozialdemokratischen Führern, die sich jetzt offen aufgetan hat, muß sich zwangsläufig immer mehr vertiefen und verschärfen. Jene sozialdemokratischen Arbeiter, deren Klassenbewußtsein durch das jahrelange Gift des Revisionismus und Opportunismus vorübergehend getrübt ist, werden in Bälde erkennen, daß die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus nur möglich ist auf dem Weg der Liquidierung des Einflusses der SPD unter den werktätigen Massen.

Das heutige kapitalistische System kann sich nur noch aufrechterhalten, indem es das gesamte werktätige Volk in die grausamste Barbarei hinabstößt. Die dem Kapitalismus gesetzmäßig innewohnenden Widersprüche haben jenen Grad erreicht, wo die kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse zur Fessel für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte geworden sind. Sollen sich die Produktivkräfte wieder frei entwickeln können, müssen diese Fesseln gesprengt werden. Die Kapitalisten sind heute nicht mehr in der Lage, ihren Lohnsklaven Arbeit, Lohn und Brot zu geben. Über 5 Millionen Arbeiter in Deutschland liegen zur Zeit erwerbslos auf der Straße. Für sie gibt es keine Möglichkeit mehr, jemals wieder unter dem heutigen System in die Pro-

duktion eingereicht zu werden. Will die deutsche Arbeiterschaft Arbeit, Lohn und Brot, dann muß sie eine grundlegende Änderung des bestehenden Gesellschaftssystems herbeiführen.

Die Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse werden immer brutaler, umfassender und unerhörter. Die ungeheure Massennot und das Massenelend ergreift alle Schichten der werktätigen Bevölkerung.

Immer drohender erhebt sich das Gespenst der nahe bevorstehenden Katastrophe vor den werktätigen Massen Deutschlands.

Wie kommen wir heraus aus dem Dreck und dem Elend der kapitalistischen Lohnsklaverei? Wie kann der ungeheuren Massenverelendung ein Ende bereitet werden?

Diese bange Frage wird heute täglich und stündlich von Millionen Werktätiger Deutschlands gestellt.

Eckert gibt darauf die Antwort:

„Solange das Proletariat in sich uneinig, in sich zerrissen ist, hat es nicht die Kraft, den Kapitalismus zu stürzen und eine neue Welt, ihre Welt des Sozialismus aufzubauen.“ *Hier Kapitalismus - hier Sozialismus ist heute das Problem, das zur entscheidenden Achse der gesamten Weltlage geworden ist.*

„Das Gespenst des Kommunismus geht um in Europa“ und in der gesamten kapitalistischen Welt. Aber es ist nicht nur ein Gespenst mehr, es hat bereits greifbare Formen und Gestalt, Fleisch und Blut angenommen.

Während unter den vernichtenden Schlägen der Weltwirtschaftskrise die kapitalistische Wirtschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert wird, während die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise alle kapitalistischen Länder ohne Ausnahme erfaßt hat, während in einigen entscheidenden kapitalistischen Ländern sich die Wirtschaft nahe am Abgrunde des Zusammenbruchs befindet, bauen auf einem Sechstel der Erdoberfläche die Arbeiter und Bauern des befreiten Rußlands in immer stürmischerem Tempo den Sozialismus auf. Die Sowjet-Union ist das einzige Land, das keine Krise kennt. Dort unter der proletarischen Diktatur vollzieht sich der gigantischste Aufbau, den je die Weltgeschichte erlebte.

Auf Einladung der Sowjet-Union sind 40 sozialdemokratische Arbeiter aus Deutschland in das Land der Arbeiter und Bauern gereist, um sich mit eigenen Augen von der tatsächlichen Lage in der Sowjet-Union zu überzeugen, um sich mit eigenen Augen ein Bild zu machen, wie die wirklichen Verhältnisse in der Sowjet-Union gelagert sind.

Auch der jetzt zur KPD übergetretene Pfarrer Eckert befindet sich bei der Delegation. Er und mit ihm alle sozialdemokratischen Arbeiter werden dort

erschauern vor der abgrundtiefen Gemeinheit und Niedertracht, mit der die bürgerlich-faschistisch-sozialdemokratischen Zeitungen, Parteien und Literaten, die Kirche und ihre Diener über die Sowjets gelogen haben.

In diesen Tagen der 13. Wiederkehr der Geburtsstunde der demokratisch-kapitalistischen Republik in Deutschland und der 14. Wiederkehr des grandiosen Sieges der proletarischen Revolution in Russland erlangt die Entsendung der Delegation sozialdemokratisch-oppositioneller Arbeiter höchste Bedeutung.

14 Jahre Herrschaft der Arbeiter und Bauern in Sowjet-Rußland und 13 Jahre kapitalistische Diktatur in der „demokratischen“ deutschen Republik, wird und muß viele Werktätigen zum Nachdenken anregen, gleichgültig in welchem Lager sie heute noch stehen.

Wenn heute in Deutschland nach 13jährigem Bestehen der demokratischen Republik drohender denn je der Faschismus sein Haupt erhebt, die Katastrophe immer näher heranrückt, das Volk immer grausamer verelendet, dann muß in diesen Tagen an den Ausspruch prominenter Führer der Sozialdemokratie erinnert werden, die erklärten, dass „In den Novembertagen 1918 die Sozialdemokratie die einzige Kraft war, die den Bolschewismus von den Grenzen Deutschlands fernhalten konnte.“

Jawohl, die Sozialdemokratische Partei stand in diesen denkwürdigen Tagen und auch in den folgenden Jahren immer, überall und in jeder Situation auf der Seite der Kapitalisten gegen das Volk. Und heute, in der Zeit der schwersten Krise, die der Kapitalismus je durchlebte steht die Sozialdemokratie und stehen die sozialdemokratischen Führer als Ärzte am Krankenlager des todkranken kapitalistischen Systems bereit, durch das Hinabstoßen der werktätigen Massen in die grausamste Barbarei, dem Kapitalismus noch einmal eine vorübergehende Atempause zu verschaffen.

Immer mehr erkennen auch die sozialdemokratischen Arbeitermassen, daß die Regierung Brüning niemals ihre volksfeindlichen Pläne zur Durchführung hätte bringen können, wenn sie sich nicht in erster Linie auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie und des ADGB hätte stützen können.

Jahrelange Tolerierungspolitik, die Politik des sogenannten „kleineren Übels“ war niemals ein Kampf gegen den Faschismus, im Gegenteil, diese Politik ebnete dem Faschismus in Deutschland die Wege, um Schritt für Schritt seine blutige Herrschaft in Deutschland zu ermöglichen.

Die zweite Regierung Brüning hat sich dem Reichstag vorgestellt. Ihre Zusammensetzung, ihr Programm und die Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag zeigt mit aller Deutlichkeit, daß diese Regierung eine weitere Verschärfung in der Durchführung der faschistischen Diktatur bedeutet. Wie

nicht anders zu erwarten, ist die Sozialdemokratie bereit, die zweite Regierung Brüning auch weiterhin zu tolerieren. Sie befindet sich hier in schroffstem Widerspruch zu ihrer proletarischen Mitgliedschaft, die immer stürmischer die Aufgabe der Tolerierungspolitik fordert. Die sozialdemokratischen Führer stellen Brüning als den Mann hin, der angeblich den Kampf nach rechts führt, um so die proletarische Mitgliedschaft über die volksfeindliche Politik hinwegtäuschen zu können. Es klingt für die sozialdemokratischen Arbeiter wie ein Hohn, wenn der „Vorwärts“ - das Zentralorgan der SPD am 4. Oktober unter der Überschrift „Brüning haut nach rechts“ folgende Sätze bringt: „Brüning ist keine Kampfnatur, kein Rednertemperament, mit seinem Herzen mehr rechts als links. Trotzdem hat er eine leidenschaftliche Kampfrede gegen rechts gehalten. Weiter denn je klafft der Riß zwischen dem Zentrum und der Rechten.“

Wie lange noch wird die SPD imstande sein, das Stillhaltekonsortium für die Brüning-Regierung abzugeben? Die richtige Antwort auf diese Frage liegt in den Händen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Von ihrer Entscheidung hängt es ab, wann diesem schändlichen, grausamen Spiel sozialdemokratischer Führer mit den Klasseninteressen des Proletariats ein Ende bereitet wird.

Die Fronten stehen klar: *Kapitalismus oder Sozialismus.*

Diese Frontstellung bedingt zwangsläufig eine klare Entscheidung.

Eckert, Torhorst, Oettinghaus und Tausende ehemalige sozialdemokratische Arbeiter haben ihre Entscheidung in positivem Sinne gefällt, indem sie ihren Übertritt zur kommunistischen Partei vollzogen. Wir zweifeln nicht daran, daß in kürzester Zeit Hunderttausende sozialdemokratische Arbeiter dem Beispiel ihrer ehemaligen Parteifreunde folgen werden. Die kommenden Wintermonate werden in Deutschland entscheidende Kämpfe, Kämpfe von historischer Bedeutung bringen. Jeder, der dem Elend der leidenden Menschheit nicht mehr länger tatenlos zusehen kann, jeder, der bereit ist, den ökonomischen und politischen Kampf auf der Grundlage des revolutionären Marxismus aktiv zu unterstützen, hat die Möglichkeit, durch seine Einreihung in die Front des revolutionären, kämpfenden Proletariats den ungeheuren Leidensweg des deutschen Volkes abzukürzen.

Mehr denn je hat der Satz Karl Marx in der heutigen Situation der drohenden Katastrophe größte Bedeutung:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Griff in die Geschichte. Vor 75 Jahren: Die Septemberwahlen 1930.

Eine Analyse von Erwin Eckert.

Vorbemerkung:

In einigen der zahlreichen Buchbesprechungen zu den Wochenberichten von Erwin Eckert und Emil Fuchs „Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen, Bonn 2002“ (siehe jW vom 20.12.2002) waren Rezensenten überrascht und verwirrt über das Maß an Klassenkampfdenken unter bekennenden Christen. Bereits in den Nachbemerkungen zu den Wochenberichten zeigte sich Reinhard Kühnl erstaunt über die „Schärfe des Blicks“ christlicher Sozialisten. (S. 542) Er wie andere halten es wohl immer noch für undenkbar, dass Christen – Theologen zumal – etwas vom Marxismus begriffen haben könnten, ja selbst – ohne Preisgabe ihres christlichen Glaubens – marxistische Analysen liefern können. Nicht so Wolfgang Abendroth. In seiner SPD-Geschichte „Aufstieg und Krise“ billigte er den „religiösen“ Sozialisten mehr Marxismus-Rezeption (Marxismus als Methode nicht als abgeschlossenes Weltanschauungssystem) zu als denen, die den Marxismus in der Weimarer Republik an Feiertagen wie eine Monstranz bzw. leere Worthülse vor sich her trugen oder ihn in linksopportunistischer Weise missverstanden bzw. ihren tagespolitischen Rechtfertigungsideologien anpassten. Ausgeschlossen scheint es für manche Linke heute immer noch zu sein, dass Wortführer der religiösen Sozialisten auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung standen und beachtliche Beiträge zur Analyse des heraufziehenden Faschismus geliefert haben. Eric Hobsbawm sprach dagegen im Zusammenhang mit der Erstveröffentlichung der Wochenberichte in Buchform von einer „significant contribution to the history of Germany in the years of transition to Hitler“ und erinnerte daran, daß der „Blick in den Abgrund“ nicht nur ein wichtiges Zeitzeugnis aus der Aufstiegsperiode des Faschismus darstellt, („important contemporary testimony of the time when Hitler rose to power“), sondern auch daran, dass es sich bei diesen beiden Pfarrern um etwas handelt, „which is too often forgotten – the radical left-wing element in German Protestantism in the Weimar Republic“.

Als Beleg mag der folgende Aufsatz dienen, den Erwin Eckert nach dem katastrophalen Wahlergebnis bei den Septemberwahlen 1930 im Organ der SPD-Linken, im „Klassenkampf“ schrieb. Reinhard Opitz hielt diesen Aufsatz für

„ein eindrucksvolles Zeugnis“ der damaligen Auseinandersetzung um die Deutung des Faschismus „und vor allem für die relativ frühzeitige Klarsicht wie für das persönlich unerschrockene, geradlinige politische Engagement Erwin Eckerts“. Sein Erklärungsversuch ziele in die richtige Richtung und fasse „mit sicherem Instinkt“ den Faschismus „als eine Ausgeburt und - worauf es im Gegensatz zu Thalheimer ankommt - ein alleiniges Instrument des Kapitalismus“ auf. In den Grenzen des damaligen Diskussionsstandes erweise er sich als der „klarsten Position zuneigend und im übrigen als ein Mann von höchst sympathischer Konsequenz der Gesinnung“. Eckert sehe, „daß das Monopolkapital den Faschismus in Deutschland nicht nur objektiv benötigte, sondern auch zunehmend selbst aktiv anstrebte“. Er gewinne daraus die aktuelle politische Einsicht, „daß es unmöglich ist, der Entwicklung zum Faschismus durch ein Paktieren mit den Parteien des Monopolkapitals entgegenzuwirken“. Er gelange „zu im wesentlichen richtigen Schlußfolgerungen für die in der damaligen Situation notwendige Politik“ (in: Friedrich-Martin Balzer, *Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten*, 3. Auflage, Bonn 1993, S. 214f.). Kurt Gossweiler seinerseits wertete Eckerts „Klassenkampf“-Aufsatz als „eine warnende Stellungnahme eines linken Sozialdemokraten und religiösen Sozialisten zur Politik der Führung seiner Partei gegenüber dem deutschen Imperialismus und der wachsenden faschistischen Gefahr im Herbst 1930“. Er sei „sehr bemerkenswert, weil klarsichtiger und konsequenter als alles, was sonst von linken Sozialdemokraten aus dieser Zeit, *seine Freunde Rosenfeld und Seydewitz eingeschlossen*, (Hervorhebung FMB) bekannt ist.“ (Brief vom 4.4.2002). Um sich einen eigenen Eindruck vom marxistischen Niveau dieses Denkens zu verschaffen, sei der Aufsatz mit gelegentlichen Kürzungen im folgenden nachgedruckt. Ob er immer noch Aktualität besitzt, möge der Leser selbst entscheiden. Analogie bedeutet nicht Gleichsetzung, aber ohne Analogien gibt es keine geschichtliche Erkenntnis. Der Reiz des Vergleichs mit der vor 75 Jahren erstellten Analyse nach den Septemberwahlen 1930 mit den Septemberwahlen 2005 ist unübersehbar. Friedrich-Martin Balzer

Pfarrer Eckert, Mannheim: Opposition, nicht Koalition!

Wir müssen die tieferen Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage suchen und feststellen. Es ist töricht, den Versuch einer ehrlichen, öffentlichen Selbstkritik als Defätismus, als mangelndes Parteibewußtsein zu bezeichnen. Gerade das gesteigerte Verantwortungsbewußtsein für die Aufgaben und die Arbeitsmöglichkeiten der Partei zwingt uns zu einer ganz ehrlichen, rückhaltlosen Kritik und zu dem Willen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. *Denn nur aus den Fehlern der Vergangenheit ist die Niederlage der Partei zu erklären*, ob das die Parteigenossen, die bisher die politische Linie der Partei bestimmt haben, wahrhaben wollen oder nicht. Es wäre verhängnisvoll, wollte man das irgendwie verschleiern.

Die Bedeutung des Stimmenverlustes von etwa 600.000 Stimmen wird dann erst richtig eingeschätzt, wenn man sich klarmacht, daß unter den am 14. September abgegebenen Stimmen eine nicht unbeträchtliche Zahl von früher demokratisch wählenden Volksgenossen enthalten ist, die ihren Führern Erkelenz und Potthoff gefolgt sind, um die „große, linke, demokratische Partei zu stärken“. Ist das richtig, dann haben wir fraglos eine große Zahl von bisher entschieden sozialistisch Wählenden verloren, die zur KPD gegangen sind. Es gibt keine gefährlichere Version, als die geflüßentlich immer wieder in der Parteipresse vertretene Behauptung, es handle sich um „Krisenwahlen, um Arbeitslosenwahlen, um Konjunkturwahlen“. Die Signatur unserer Zeit und der zukünftigen Jahre wird eben die Arbeitslosigkeit, das Massenelend, sein. Was „Konjunktur“, also vorübergehender Zustand, genannt wird, ist Dauerzustand für unsere Zeit, jedenfalls für die Zeitspanne, in der die nächsten politischen Entscheidungen fallen.

Es ist keine Entschuldigung und keine Erklärung für unsere verlustreichen Wahlergebnisse, daß die Arbeitslosigkeit „daran schuld“ sei, es ist eher eine scharfe Anklage in dieser Entschuldigung enthalten dagegen, daß unsere Partei nicht vermocht hat, die Arbeitslosen an sich zu ketten, *die Partei der Arbeitslosen*, der eigentlichen Opfer der heutigen kapitalistischen Krise, zu werden und als solche zu gelten. Es ist töricht, immer wieder davon zu sprechen, daß in Zeiten wirtschaftlicher Depression“ solche Wahlen verständlich seien. Die SPD hat nach meiner Auffassung *in erster Linie die Pflicht, gerade in solchen Zeiten der wirtschaftlichen Depression die Zuflucht aller Bedrückten und Hoffnungslos gewordenen zu sein.*

Wir haben diese Wahl verloren, weil wir eine verkehrte politische Linie eingehalten haben. Diese verkehrte Linie aber ist die Folge der falschen Analyse des gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die führenden Parteigenossen waren des besten Glaubens, daß man in einer Zeit der kapitalistischen Krise sich, um das Schlimmste zu verhüten, an der Regierung beteiligen müsse. Man konnte das noch zugeben Anfang 1928 und noch nach den Maiwahlen. Man konnte der Auffassung sein, daß es einen Weg der Verhandlung und der Kompromisse mit den politischen Vertretern der bürgerlich-kapitalistischen Front gebe. Aber schon die Schwierigkeiten bei der Bildung des Kabinetts Müller und die ersten entscheidenden Kämpfe innerhalb des Kabinetts machten es klar, oder sollten es wenigstens auch den vertrauensseligsten Genossen deutlich gezeigt haben, wie unmöglich es ist, in einem in seiner Majorität kapitalistisch orientierten Kabinett unter sozialistischer Kanzlerschaft etwas für die Arbeiterklasse Entscheidendes zu erreichen. Auch die „großen Erfolge“ der Außenpolitik, auf die sich die Befürworter der Koalitionsbereitschaft so viel zugute halten, sind, bei Licht besehen, sehr fragwürdig.

Die Abmachungen des Youngabkommens lagen in erster Linie im Interesse der großbürgerlichen Kreise der Deutschen Volkspartei, die ganz mit Recht den Abschluß des Youngabkommens als einen Erfolg der kapitalistischen Interessenpolitik Stresemanns bezeichneten. Die „vaterländischen Tiraden, die man gern mit der „Rheinlandräumung“ und der Sicherheit der geregelten Nachkriegsverpflichtungen verbindet, „sollen nur den durchaus kapitalistendienlichen Charakter des Youngplanes verdecken“. Wir haben auf alle Fälle kein Interesse, den Youngplan, der die Ankurbelung der kapitalistischen Wirtschaft bedingen sollte, als „unser“, der SPD Werk zu bezeichnen, oder gar stolz darauf zu sein. Wir werden, wenn wir die Interessen der werktätigen Massen im Auge behalten wollen, alles daran setzen, um den Youngplan durch unseren Einspruch gegen seine Untragbarkeit revidieren zu lassen. Die Übernahme der Mitverantwortung für die in dieser Zeit der Wirtschaftskrise zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft notwendigen Maßnahmen hat unsere Partei als die Vertretung der Arbeitnehmerschicht zu stark belastet, als daß ihr das alles vergessen werden konnte in den wenigen Wochen, die sie zwangsläufig in eine Opposition gedrängt war von den Koalitionspartnern, die glaubten, des Deckmantels der SPD für ihre Interessenpolitik nicht mehr zu bedürfen. Es ist nicht notwendig, alle Stadien der verlustreichen Regierungsbeteiligung unter allen Umständen, über den Panzerkreuzer bis zu den Entwürfen für die Mas-

senbelastungen um des Youngplanes willen, und den Verhandlungen über die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung. Es genügt darauf hinzuweisen, daß die ganze Zeit der Regierung Müller eine Leidenszeit gewesen ist für die SPD, die auch durch die von den koalitionsbereiten Genossen sehr betonte Staatsverantwortlichkeit nicht verklärt wird.

Aus dieser unklaren und zu immer neuen Kompromissen und Zugeständnissen an die bürgerlichen Partner zwingenden Haltung der Partei ist es zu verstehen, daß die Agitation der Partei im Wahlkampf wie gelähmt war. Die auf eine bereits neue in Aussicht genommene Koalition bedachten Reichstagskandidaten hüteten sich „mehr zu versprechen, als sie erfüllen imstande sein würden“. Die in der Opposition stehenden Genossen, die ohne innere Hemmung eine klassenbewußtere Linie der Politik verlangen konnten in der Wahlkampagne, und damit spontane und laute Zustimmung der proletarischen Wählermassen fanden, empfand man als eine Art „enfant terrible“, als eine Gefahr für die vorsichtige staatsmännische Klugheit der Regierungsbereiten, als Genossen, die sich zu weit vorwagten. Es ist klar, daß man mit einer so *lauwarmen Agitation* die Angriffe der faschistischen Front nicht bestehen konnte, man hatte keine wirkliche, keine innere Radikalität der Gesinnung und der Kampfentschlossenheit zum Sturz der untergangsreifen kapitalistischen Wirtschaft gegenüber der radikalen Phrase der faschistischen Banden.

Aus dem Vergangenen zu lernen, ist die erste Voraussetzung eines zukünftigen Sieges, die gegenwärtige Situation richtig erkennen, die eigenen Kräfte richtig einzuschätzen, aber ist der erste Schritt einem neuen Ziele zu. Für einen Sozialisten und Marxisten sind nicht die Ansichten eines einzelnen oder irgendeine Idee maßgebend für die zu fassenden Entschlüsse, sondern die *objektive Situation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens*. Erst die nüchterne Analyse der wirtschaftlichen und staatspolitischen Lage kann uns das im Augenblick notwendige Handeln zeigen.

Das Tempo der kapitalistischen Entwicklung ist unheimlich. Noch vor kurzem hofften die Kapitalisten, und wir fürchteten das mit ihnen, daß die internationale Konsolidierung der kapitalistischen Wirtschaft trotz der offensichtlichen Krisen und Spannungen würde erreicht werden können. Die westlichen Demokratien schienen als politisches Werkzeug wohl geeignet zu sein, die wirtschaftliche Kräftigung des kapitalistischen Systems durch gesetzliche Maßnahmen zu fördern und zu verteidigen. Es ist anders gekommen, über Nacht beinahe. Die Wirtschaftskrise ist vor aller Augen, sie ist überall, auch in

den siegreichen Ländern, die glaubten, durch die Kontributionen der Besiegten der Schwierigkeiten Herr zu werden. Ja, gerade die Übersättigung der Märkte und die Desorganisation der Produktion, die durch die Stauungen in den verschiedensten Absatzgebieten verursacht wurde, treibt die internationale Bourgeoisie zu immer neuen, sich überstürzenden Sicherungsmaßnahmen, die allerdings nur neue Schwierigkeiten schaffen und zur Evidenz zeigen, *daß die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr imstande ist, die jeder Wirtschaft obliegende Pflicht zu erfüllen, Brot und Arbeit für alle zu schaffen.* Das deutlichste Symptom der sich verschärfenden Krise ist die Massenarbeitslosigkeit bei gesteigerter Produktion, der Hunger der Massen bei vollen Scheuern und Warenlagern.

Insbesondere der *kommende Winter* wird uns eine wirtschaftliche Krisis bringen, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Es ist möglich, daß nur die politische und wirtschaftliche Machtergreifung durch das Proletariat der Rat- und Hilflosigkeit wird abhelfen können. Die Vorzeichen der nahenden Entscheidung kann jeder, der guten Willens ist, sehen. Die Börse ist unsicher, die Zahlungsmittel sind nicht mehr stabil, Kredite werden bereits jetzt gekündigt. Lohndruck auf der ganzen Linie steht bevor; die Berliner Metallindustriellen haben nur angefangen mit ihren 15 Prozent Abbau. Massenentlassungen sind vorbereitet. Preissteigerungen der lebenswichtigsten Produkte sind unaufhaltbar. Die Kartelle und Syndikate halten nicht umsonst die Preisgestaltung in der äußersten Spannung. Es ist ganz sinnlos, etwa durch staatliche Maßnahmen diese Entwicklung aufhalten zu wollen, *und der kapitalistischen Methode nicht zugleich das Lebenslicht auszublases. Der Kapitalismus wehrt sich mit allen Mitteln um sein Leben, er ist zwangsläufig dazu gezwungen. Er muß die Maske fallen lassen und brutal werden, um am Leben bleiben zu können - vorläufig.*

Die Verelendung der Massen ist größer als derer, die noch im Produktionsprozeß stehen; man glaubt die Redensarten, mit denen sich die bürgerlich-kapitalistischen Parteien ihre Wählerschaft zusammenidealisiert haben, nicht mehr, die nationale Phrase zieht nicht mehr, auch die von der „gesicherten Volksgemeinschaft“ nicht, auch nicht mehr die Beschwörung der großen herrlichen Vergangenheit der Tradition, das Bürgertum muß von der Demokratie, seiner Waffe gegen den Absolutismus, Abschied nehmen. Sie rentiert sich nicht mehr, die Phrase von der Freiheit und Gleichheit der Bürger, sie wird nicht mehr geglaubt. *Man muß sich umstellen.* Der verschärften Methodik der Rationalisierung, der Abwälzung der Soziallasten, der Massenentlassungen

und des Lohnabbaus entspricht die neue Methode des um seine Existenz ringenden Kapitalismus auf dem politischen Gebiete. *Die Demokratie wird ausgehöhlt, der Faschismus wird als das Instrument und als die Waffe bürgerlicher Macht ausgebildet, zunächst unter revolutionär klingenden Parolen.* Er wird solange zurückgehalten, bis nach menschlichem Ermessen das Risiko von Seiten der physischen Gewalten der Republik, der Reichswehr etwa und der Polizei, nicht mehr groß ist.

Man macht „Revolution“, lies „bürgerliche Revolution“, nicht gegen die Machtmittel des „Staates“, sondern mit ihnen! Die durchsickernden Absichten der Nationalsozialisten lassen das deutlich erkennen. *Es gibt keine Macht gegen die faschistische Gefahr als das klassenbewußte Proletariat.* Das Proletariat von der Illusion zu befreien, als ob die Mittel der „Demokratie“ - welcher Demokratie und welche Mittel? - ausreichen würden, um gegen das seinen Verzweiflungskampf kämpfende Bürgertum die Interessen des ganzen Volkes, also auch des Proletariats, zu verteidigen, ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der sozialistischen Agitation.

Wenn die Lage so ist, wie ich sie zu umreißen versuchte, dann wäre es ein Verbrechen, die große Arbeiterpartei der SPD zu einer Koalition aufzumuntern.

Auch der tüchtigste sozialistische „Staatsmann“ müßte an der Logik des Geschehens scheitern, auch Otto Braun, dem man nachrühmt, die Fähigkeiten zu haben, die allzu großen Ambitionen bürgerlicher Parteien in den für das Proletariat erträglichen Grenzen zu halten. Das wird auch dem optimistischen Beurteiler der Lage sofort klar, wenn wir die konkreten Forderungen aufzählen, die als *Mindestforderungen* von der SPD gestellt werden müßten für jede Koalition und Regierungsbeteiligung, wenn eine solche, rein zahlenmäßig als Große Koalition möglich wäre, und wenn die bürgerlichen Gruppen eine solche Koalition überhaupt wollten. Sie glauben vorerst immer noch, daß es höchste Zeit sei, ohne und gegen die Sozialdemokratie die tatsächliche Macht der Bourgeoisie zu sichern. Da in diesem löblichen Tun die SPD sie immerhin etwas hindern könnte, soll sie gar nicht mehr mit in die Regierung nach dem Willen Brünings und des Herrn Scholz.

Was aber müßte die SPD in einer imaginären Koalition verlangen? Aufhebung der Brüningischen Notverordnungen, Arbeitszeitgesetz zur Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden, Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Arbeitslos gewordenen. Besitzsteuern. Maßnahmen gegen Steuerflucht und die Kapitalverschiebungen. Durchführung der Reichsreform.

Abbau des Wehretats. Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen. Einstellung des Lohnabbaus. Sicherstellung der Mittel zur Arbeitslosenunterstützung durch den Staat. Sicherung der Demokratie gegen alle Versuche, die Diktatur zu errichten. Sofortige und /S.626 nachdrücklichste Bestrafung aller politischen Gewalttätigkeiten.

Man braucht diese Forderungen nur auszusprechen, um zu erkennen, wie ganz unmöglich es ist, eine tragfähige Regierung auf dieser Grundlage mit den bürgerlichen Gruppen zu bilden. Brüning, der Führer des Zentrums, der auch bei der unmöglichen Regierungsbildung, die uns vorschwebt, die Schlüsselstellung innehatte, wird niemals zu unseren Forderungen der Sozialpolitik seine Zustimmung geben, ganz abgesehen von den Interessen der Deutschen „Volks“partei, dem politischen Instrument der Schwerindustrie, und dem einstimmigen Beschluß der Wirtschaftspartei des Herrn Bredt, mit der SPD keine Koalition einzugehen.

Es bleibt darum nach nüchterner Überlegung der SPD nichts übrig, als zu einer entschlossenen Opposition bereit zu sein. Sie hat in jeder denkbaren Koalition nichts zu gewinnen und alles zu verlieren, das Vertrauen der werktätigen Massen, das Vertrauen ihrer 8 Millionen Wähler.

Außerordentlich bedenklich muß es uns stimmen, wenn die bürgerlichen Blätter des Auslands davon reden, daß nur eine Regierung der Mitte mit der SPD eine Sicherung des politischen Lebens darstellen würde. Wir sollen uns sehr in acht nehmen, daß wir nicht zu den Beschützern und Hütern der internationalen Interessen der kapitalistischen Bourgeoisie werden, ja schon davor, daß wir als solche angesehen werden können.

Linke Opposition, nicht etwa Linksopportunismus! Ehrliche, klassenbewußte Opposition ist die Forderung der Stunde!

Auch dann Opposition, wenn man uns mit dem Schreckgespenst der faschistischen Diktatur bange machen und uns veranlassen will, das „*kleinere Übel*“ einer Duldung des Minderheitenkabinetts Brüning oder gar der Beteiligung an einem Minderheitenkabinettt zu wählen! Es hat den Anschein, als ob die allenthalben veröffentlichten strengen Maßnahmen Brünings eine Angstpsychose bei der SPD auslösen soll, die schließlich bei einer Minderung der „ursprünglich beabsichtigten schärferen Maßnahmen“ bereit sein soll, zur „*Rettung der Demokratie und des Staates*“ die Verantwortung wieder mit zu übernehmen!

Wir warnen vor einer solchen Politik! In solchen entscheidenden Situationen braucht das Proletariat sein Selbstbewußtsein und seinen Mut mehr als das tägliche Brot.

Die konkrete Aufgabe der Partei aber ist es darum, der Masse jede Illusion zu nehmen, die Betriebe zu politisieren, die Erwerbslosen organisatorisch zu erfassen durch besondere Ausschüsse, das Reichsbanner zu einer Arbeiterwehr zu machen, und die Gewerkschaften aus „Wirtschaftsvertretungen“ zu Kampforganisationen des Proletariats. Nichts anderes, als bereit sein zum *Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit*, das ist die Aufgabe unserer Partei. Die Vertreter in den Parlamenten haben m. E. die Aufgabe, bei jeder Gelegenheit die *Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft* zu brandmarken, als Anklägerin der Massen Gesetze zu verlangen, die den Sturz der kapitalistischen Unordnung erzwingen.

Es gibt keinen anderen Weg mehr, als diesen der entschlossenen Opposition, die zu allem bereit ist, um das Elend der Massen zu lindern durch die Errichtung der sozialistischen Ordnung.

in: Der Klassenkampf, 4. Jahrgang, Nummer 20, 15. Oktober 1930; S. 622-626.